

Rechtsextreme müssen mit Auflagen rechnen

Am 3. Juni setzt das „Netzwerk gegen rechts“ auf einen breiten Gegenprotest / Demo-Route unklar

Von unserem Redaktionsmitglied
Theo Westermann

Wenn am Pfingstsonntag, 3. Juni, der sogenannte „Tag der deutschen Zukunft“ in Karlsruhe stattfindet, dann wird eine große Protestbewegung dagegen antreten. Während hinter dem „TddZ“ im wesentlichen die Partei „Die Rechte“ steht, steht das „Netzwerk Karlsruhe gegen rechts“ für die Sammlung der Gegenbewegung und die Organisation eines breiten bürgerlichen Protests. Unser Redaktionsmitglied Theo Westermann versucht auf die wichtigsten Fragen Antworten zu geben. Allerdings sind viele Details für den 3. Juni noch unklar.

Die Stadt hat angekündigt, alle möglichen juristischen Schritte zu prüfen, um die Demonstration noch zu verhindern. Bekannt ist, dass der OB skeptisch ist, dass dies gelingt. Warum?

Das Demonstrationsrecht ist ein hohes Gut. Nach einschlägiger Rechtsprechung bis hoch zum Bundesverfassungsgericht steht dies auch extremen Gruppen zu. Staatliche Behörden dürfen die Demonstrationsfreiheit nicht über die Gebühr hinaus behindern, mahnen die Gerichte immer wieder. Nach dem Verbot eines rechtsextremen Demonstrationszugs 2013 aus Sicherheitsgründen hat die Stadt eine juristische Schlappe erlitten. Sie kann nun nicht sehenden Auges gegen das damalige Urteil und die Rechtslage agieren.

Was hat die Stadtverwaltung aber für Möglichkeiten?

Die städtische Polizeibehörde kann natürlich scharfe Auflagen erlassen. Dabei wird sie auch genau hinschauen, wer nach Karlsruhe kommt und wie agiert wird. So kann Zahlreiches bereits im Vorfeld geregelt werden, etwa die Redeauftritte, die mitgeführten Gegenstände, ein Uniform- und auch Vermummungsverbot.

„Die Rechte“ hat bei ihrer Anmeldung Durlach als Demonstrationsort angegeben. Kann der Stadtteil eine Großdemo oder auch zwei verkraften?

OB Mentrup hält Durlach für grundsätzlich geeignet. Allerdings hat er klar gemacht, dass die Altstadt als möglicher Demonstrationsweg und -ort aus Sicherheitsgründen ausscheidet. Also kann man davon ausgehen, dass der noch zu findende Demonstrationsweg der Neonazis irgendwie um die Altstadt herumführt. Gleichzeitig soll die große Gegendemonstration des „Netzwerks Karlsruhe gegen rechts“ in Durlach stattfinden, auch hier gilt es natürlich, das Sicherheitsproblem zu berücksich-



„KARLSRUHE ZEIGT FLAGGE“, war im Mai 2013 das Motto der Gegenaktion zu einer Kundgebung von Rechtsextremisten. Damals verbot die Stadt aus Sicherheitsgründen einen Umzug der Rechtsextremisten vom Hauptbahnhof durch die Stadt. Archivbild: Aläbiso

tigen. Es ist nicht hundertprozentig klar, wer sonst noch zu einer eigenen Gegen-demonstration aufruft.

Warum hat „Die Rechte“ Durlach ausgesucht?

Dies weiß keiner so genau. Vielleicht liegt es an der guten Verkehrsanbindung, vielleicht an der Nähe zum Landkreis. Man kann mutmaßen, nach den Erfahrungen von 2013 wollen die Rechtsextremisten den Karlsruher Hauptbahnhof meiden. Damals kamen sie mit ihrer Kundgebung nicht über den Bahnhofvorplatz hinaus.

Was plant das „Netzwerk Karlsruhe gegen rechts“?

Der Protest soll vielfältig, entschlossen, friedlich und kreativ sein, so die klare Bekundung. Da die Planungen erst beginnen, lässt sich noch nicht viel Konkretes sagen. Die Stadtverwaltung will logistische Unterstützung leisten. Zusätzlich zur bereits angesprochenen großen Gegenkundgebung wird es aus den Reihen des Netzwerks weitere Aktionen geben, etwa auf dem Turmberg oder im Otto-Dullenkopf-Park. Es gibt unter-

denen, die sich zum Gegenprotest sammeln wollen, aber auch eine gewisse Bandbreite, wie man sich diesen vorstellt - von reinem Protest bis hin zu möglichen Verhinderungsaktionen.

Ist es ein Problem, dass am 3. Juni in der Karlsruher Innenstadt auch der Christopher Street Day stattfindet?

Das könnte nur ein Problem sein, wenn sich Anreisewege etwa an den Bahnhöfen überschneiden. Auch hier haben Polizei und Stadtverwaltung natürlich ein waches Auge drauf.

Was sagen eigentlich die Verfassungsschutzbehörden über die Partei „Die Rechte“?

„In der Partei Die Rechte organisieren sich überwiegend Neonazis, die aggressiv-kämpferisch auftreten,“ heißt es beispielsweise im NRW-Verfassungsschutzbericht. Sie „ist ideologisch wesensverwandt zum Nationalsozialismus“. Der Verfassungsschutz weiß von 80 Mitgliedern in Baden-Württemberg. Der Landesverband wurde im August 2013 in Karlsruhe gegründet, Kreisverbände gibt es im Enzkreis und in Karlsruhe.

Demnach kommt der Landesvorsitzende aus Karlsruhe.

Ist mit Gewalt bei oder im Umfeld der Demonstration zu rechnen?

Zumindest kann man dies nicht ausschließen. 2016 registrierte die Polizei in Dortmund Gewalttaten von Rechtsextremisten wie von Linksautonomen. Die Sicherheitsbehörden machen keinen Hehl daraus, dass sich unter den Rechtsextremisten auch potenzielle Gewalttäter befinden. Sorgen macht allerdings auch, dies hat der OB jüngst ebenfalls deutlich gemacht, dass die linksautonome Szene ebenfalls bundesweit für den Tag trommelt und dort ebenfalls mit anreisenden Gewaltbereiten zu rechnen ist, die die Auseinandersetzung auf Karlsruhes Straßen suchen wollen.

Die Polizei bereitet sich auf einen Großeinsatz vor. Mit welchen Dimensionen ist zu rechnen?

In Dortmund kamen 2016 zum „TddZ“ 1 000 Rechtsextremisten. 5 000 Polizisten waren im Einsatz, zur Großdemo eines breiten bürgerlichen Bündnis kamen rund 3 000 Demonstranten. Wie wichtig die Polizei den 3. Juni nimmt, kann man auch daran sehen, dass Polizeipräsident Günther Freisleben vermutlich selbst den Einsatz leiten wird.



Fragen und Antworten